

**Islam in Deutschland in Zahlen.** (Letzter Bericht: 1999, S. 23ff, 149f) Nach einer Information des Zentral-Instituts Islam-Archiv-Deutschland (Moslemische Revue Heft 2/1999) leben aufgrund der Kosovo-Flüchtlinge derzeit ca. 2,85 Mio. Muslime in Deutschland. Neben Flüchtlingswellen sei das geringfügige Ansteigen der Zahlen auf die höhere Geburtenrate bei der muslimischen Bevölkerung als bei Deutschen zurückzuführen, jedoch seien auch jährlich 250 bis 300 Übertritte zu verzeichnen. Da allerdings von den ca. 156 000 Muslimen mit deutschem Paß weniger als 10 000 deutschstämmig seien, muß nach wie vor von einer Migrations- und nicht Konversionsreligion ausgegangen werden. Insgesamt seien ca. 68 Prozent praktizierende Muslime, aber nur ca. 12 Prozent besuchen nach einer Repräsentativumfrage regelmäßig eine Moschee, was die Vermutungen über starke Säkularisierungstendenzen auch unter Muslimen bestätigt. Die überwiegende Mehrheit stellen Sunniten dar (2 138 800), Aleviten 300 000 (nach Eigenangaben 400 000).

Die in Deutschland lebenden Muslime kommen aus 41 Nationen, darunter die meisten aus der Türkei, gefolgt von Muslimen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus den arabischen Staaten und aus Süd- und Südostasien. Asylsuchende und Muslime ohne gültige Aufenthaltspapiere dürften mehr als 200 000 ausmachen. Ihre Organisationsrate ist gering: Nur ca. 12 Prozent gehören einem religiösen Verein an. Die Mitgliederzahlen der wichtigsten Großverbände verteilen sich wie folgt: DITIB ca. 90 000, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland 97 000, Zentralrat der Muslime 30 500. Nach Auskunft des Soester Instituts würden, wenn sie könnten, 37 Prozent die

SPD wählen, 19 Prozent die CDU/CSU, 11 Prozent Bündnis 90/die Grünen, 5 Prozent die FDP und je ein Prozent die PDS bzw. Republikaner. Ebenfalls durch Repräsentativumfrage wurde ermittelt, daß 81 Prozent der türkischen Muslime einen Dialog mit den christlichen Kirchen für sinnvoll halten und knapp 50 Prozent keine Probleme damit haben, Treue zum Koran und zur deutschen Gesetzgebung und Verfassung miteinander zu verbinden. Diese Tendenz sei steigend. 73 Prozent fühlten sich durch die Islam-Berichterstattung in den deutschen Medien beleidigt und verängstigt. Von 84 Prozent werde die Einführung eines regelrechten Lehrfachs „Islamischer Religionsunterricht“ an öffentlichen Schulen gefordert.

Ulrich Dehn